



Wirtschaft



Die Börsensteuer wird der Untersuchung zufolge die Wirtschaft kaum hemmen. (Foto: picture alliance / dpa)
08. September 2014

Studie: Kaum Folgen für Wirtschaft Börsensteuer bringt Fiskus Milliardenbetrag

Elf EU-Länder beschließen im Alleingang die Beteiligung der Finanzinstitute an den Kosten der Bankenrettung. Die dazu erhobene Finanztransaktionssteuer bringt einer Studie zufolge allein Deutschland fast 18 Milliarden Euro.

Die in Europa geplante Einführung einer Umsatzsteuer auf Finanzmarktgeschäfte soll einem Bericht zufolge allein dem deutschen Fiskus jährliche Erlöse von mindestens 17,6 Milliarden Euro einbringen. Das gehe aus einem Gutachten der dänischen Beratungsgesellschaft Copenhagen Economics im Auftrag des Bundesfinanzministeriums hervor, berichtet die "Süddeutsche Zeitung". Demnach seien theoretisch sogar Einnahmen von bis zu 88 Milliarden Euro möglich. Da aber gewiss Geschäfte wegfallen oder verlagert würden, werde am Ende wohl deutlich weniger zusammenkommen.

Die Autoren des Gutachtens gehen der Zeitung zufolge davon aus, dass es bei Einführung der Finanztransaktionssteuer in den elf willigen Staaten zu starken Ausweichreaktionen der betroffenen Geldhäuser kommen wird, die das Steueraufkommen schmälern. So könnten Aktienemissionen in andere Länder verschoben und einzelne Wertpapierarten durch niedriger besteuerte Derivatkonstruktionen ersetzt werden.

Denkbar sei auch, dass Investmentfonds ihre Portfolios seltener umschichteten und Geschäfte von Finanzinstituten auf nicht-steuerpflichtige Firmen verlagerten. Zudem gingen die Berater davon aus, dass der

rein computergesteuerte, im Millisekundentakt abgewickelte Hochfrequenzhandel vollständig zum Erliegen kommt.

Trotz der hohen Einnahmen dürften die Auswirkungen der Steuer auf die Wirtschaftsentwicklung laut der Studie vergleichsweise gering ausfallen. Allerdings könnten die Kapitalkosten für Unternehmen steigen und Preissicherungsgeschäfte teurer werden.

Die Bundesregierung bemüht sich seit Jahren um die Einführung der Finanztransaktionsteuer. Da ein Konsens auf EU-Ebene oder gar darüber hinaus nicht möglich war, soll die Idee nun zunächst von einer Art Koalition der Willigen umgesetzt werden. Dazu zählen neben Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Österreich, Spanien, Estland, Griechenland, Portugal, die Slowakei und Slowenien.

Quelle: n-tv.de , jwu/rts